

Schwache Weltkonjunktur belastet deutsche Unternehmen

Umfrage: Handelskonflikte schränken Geschäfte ein

Deutsche Unternehmen im Ausland erwarten für das Jahr 2020 keine Verbesserung der internationalen Konjunktur. Die Antworten von rund 3.700 Mitgliedsfirmen der deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs) im neuen "AHK World Business Outlook" zeigen, dass die Geschäfte insbesondere aufgrund von Handelskonflikten noch schwieriger werden. Die Investitions- und Beschäftigungspläne der deutschen Unternehmen im Ausland werden demzufolge zusammengestrichen.

Nur 17 Prozent der deutschen Unternehmen im Ausland erwartet eine Verbesserung der Konjunktur vor Ort. Mehr als jedes dritte Unternehmen rechnet dagegen mit einer Verschlechterung der Konjunktur. Der Konjunktursaldo aus Besser- und Schlechter-Bewertungen ist mit minus 19 Punkten regelrecht eingebrochen. Er liegt damit deutlich unterhalb seines Wertes von minus drei Punkten in der Vorumfrage (Frühsommer 2019). Das ist der mit Abstand schlechteste Wert seit Beginn der Umfrage 2015. Auf Basis dieser Einschätzungen geht der DIHK davon aus, dass das ohnehin schwache weltwirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr von rund drei Prozent auch 2020 nicht höher ausfallen wird (DIHK-Prognose BIP-Wachstum weltweit 2020: 3,0 Prozent; langjähriger Schnitt: 3,6 Prozent).

Der Grund für die gedrosselte Weltkonjunktur ist in erster Linie ein gelähmter Welthandel. Zölle, die Diskriminierung ausländischer Wettbewerber, Wirtschaftssanktionen sowie der nahende Brexit bremsen den Warenhandel, verursachen hohe Kosten für Unternehmen und einen enormen bürokratischen Aufwand. Die Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China oder auch die jüngsten Zollerhöhungen der USA gegenüber der EU sind zu einem immer schwieriger werdenden Handel zuletzt hinzugekommen. All dies schürt bei den Unternehmen die Verunsicherung über die Zukunft in globalen Lieferketten – mit der Folge, dass sie Investitionen zurückhalten.

Rund die Hälfte der befragten Unternehmen betrachtet die Wirtschaftspolitik in den jeweiligen Ländern als Hindernis für die eigenen Geschäfte. Zu den weiteren Risiken zählen die Unternehmen neue Handelsbarrieren – neben Zöllen zum Beispiel auch zusätzliche Zertifizierungen oder die Bevorzugung einheimischer Unternehmen. Das alles liegt wie Mehltau auf dem Welthandel. Erstmals seit der Finanzmarktkrise stagniert der internationale Handel von Gütern und Dienstleistungen nahezu (DIHK-Prognose Wachstum Welthandel 2020: 1,0 Prozent; langjähriges Wachstum: 5,6 Prozent). Eine Besserung ist nicht in Sicht.

Die Umfrage zeigt, dass das Geschäft der international agierenden deutschen Unternehmen von diesen Entwicklungen nicht unberührt bleibt. Die Geschäftserwartungen gehen deutlich zurück, auch Investitionen und Beschäftigung der deutschen Unternehmen vor Ort werden eingeschränkt. Für die deutschen Exporte 2020 bedeutet das erstmals seit der Finanzmarktkrise 2009 einen leichten Rückgang (DIHK-Prognose Exportwachstum 2020: minus 0,5 Prozent).

Eine Abkühlung der Wirtschaft zeigt sich in allen Weltregionen. In China, in den USA und in vielen Industrieländern berichten die Unternehmen von einer langsamen Gangart. Von der Konjunkturschwäche sind aber auch Schwellenländer in Asien erfasst. In Südamerika führen die weltweite wirtschaftliche Abkühlung und nicht zuletzt auch politische Entwicklungen in vielen Ländern zu einem jähen Ende des kurzen konjunkturellen Auftriebs. Keine Region zeichnet sich derzeit als zukünftiger Wachstumstreiber ab. Die Konjunkturerwartungen gehen im Vergleich der

Kontinente überall zurück. Das sorgt weltweit für Zurückhaltung bei Investitionen und einer geringeren Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen – auch aus Deutschland. Damit ist der Wirtschaftsstandort und viele Arbeitsplätze hierzulande direkt betroffen.

Die deutschen Unternehmen sind auf faire und verlässliche Regeln im internationalen Handel sowie auf funktionierende Lieferketten angewiesen. In dieser Zeit muss Europa geeint nach vorne gehen und die Vorteile eines regelbasierten Welthandels deutlich machen. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft muss die neue EU-Kommission moderne und umfassende EU-Handelsabkommen mit möglichst vielen Partnern in der Welt ganz oben auf die politische Agenda setzen. Die EU muss sich in den kommenden Jahren bei Handelsstreitigkeiten mehr denn je als geschlossener Block gegenüber anderen Wirtschaftsmächten wie den USA und China behaupten und dabei selbst weltweite faire Standards für offene Märkte und regelbasierten Handel setzen.